

Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung am 11. März 2011, 10:30 Uhr, in Gießen

TOP 1 – Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet und begrüßt die erschienenen Mitglieder. Sie weist auf die mit der Einladung übersandte Tagesordnung, zu der Änderungs- oder Ergänzungsanträge nicht gestellt werden.

TOP 2 - Wahl der Versammlungsleitung

Gewählt: Herr Höllein. Er übernimmt die Versammlungsleitung.

TOP 3 - Wahl der Schriftführerin

Gewählt: Frau Rechenbach

TOP 4 - Wahl der Wahlkommission

Gewählt: Herr Dr. Christ, Herr Dr. Gerster

TOP 5 - Dr. Karl-Hans Rothaug, Präsident des Hess. VGH: Perspektiven der hessischen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Anfang 2010 verfügte die Verwaltungsgerichtsbarkeit noch über 170,98 Arbeitskraftanteile, derzeit sind es noch 136,62. Ende 2011 werden voraussichtlich nur noch 132,87 Richterstellen (durch vier Ruhestandseintritte) verblieben sein. Zum Vergleich: Bei einer Auslastung nach Pebbßy von 100% müssten 134,65 Richter vorhanden sein.

Bis Ende 2012 werden voraussichtlich 22 Stellen (bei fünf Ruhestandseintritten allein im Jahr 2012) abgebaut sein, so dass in der zweiten Umsetzungsphase der KuK-Zielvereinbarung „nur“ noch 18 Stellen abgebaut werden müssen.

Die Eingangszahlen haben sich 2010 stabilisiert, eine deutliche Zunahme ist bei den Asylverfahren zu verzeichnen (ca. 500 Verfahren in der VGB), ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Die Eingangszahlen im Jahr 2011 liegen beim VGH bislang etwa auf Vorjahresniveau.

- Allgemeines zur KuK-Zielvereinbarung:

Für Unmut haben die Äußerungen des Ministers gesorgt, der das „Bedrohungsszenario“ des Jahres 2010 für die Verwaltungsgerichtsbarkeit bagatellisiert und die Absicht der Schließung eines Verwaltungsgerichts sogar in Abrede gestellt hat. Motor der Haushaltskonsolidierung ist allerdings der Staatssekretär, der den Personalabbau in der VGB „federführend“ betreibt und die Schließung ernsthaft ins Auge gefasst hatte. Was die Aufnahme

der abordnungs- bzw. versetzungsbereiten Kolleginnen und Kollegen in den anderen Gerichtsbarkeiten betrifft, ist die Resonanz der Präsidenten der aufnehmenden Gerichte überwiegend positiv. Die abgeordneten Kolleginnen und Kollegen sehen die Abordnung unterschiedlich, z.T. wird über erhebliche Arbeitsbelastung, v.a. in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, geklagt.

Aufgrund der bereits erfolgten Abordnungen und Versetzungen entstehen Probleme beim horizontalen Belastungsausgleich der Verwaltungsgerichte untereinander: Während die Verwaltungsgerichte Frankfurt am Main und Kassel im Vergleich überbelastet sind, entsprechen die Belastungszahlen beim VG Gießen dem Pebb§y-Soll, in Darmstadt und Wiesbaden hingegen zeichnet sich eine Unterbelastung ab.

Der Präsident des Hess. VGH dankt dem Richterrat des VG Frankfurt am Main ausdrücklich für dessen Zustimmung zur Abordnung des Kollegen Janßen an das Hessische Kultusministerium.

In einem Ausblick weist Herr Dr. Rothaug darauf hin, dass es weitere Einsparungen im Personalbereich über die bereits bekannten Maßnahmen hinaus wohl nicht geben wird, allerdings würden im Sachmittelbereich noch Einsparungen von der Verwaltungsgerichtsbarkeit erwartet, die es so gering wie möglich zu halten gelte. Beförderungsmöglichkeiten werde es zukünftig überwiegend beim VGH geben. Problematisch sei nach wie vor die Altersstruktur, was wiederum ein effektives Gesundheitsmanagement erfordere. Die Altersproblematik sei wohl erst ab dem Jahr 2015 durch eventuelle Neueinstellungen zu entschärfen.

Folgende weitere Themen werden angesprochen:

Am 27.09.2011 werde der VGH zusammen mit dem VG Kassel und Sponsoren einen Gesundheitstag veranstalten, der sich am Gesundheitstag des HMdJluE im Februar orientieren werde.

Ein Büchereikonzept sei in Arbeit, gestalte sich aber äußerst arbeitsintensiv.

Zur Fortbildung: Anstelle des jährlichen zweitägigen Verwaltungsrichtertreffens werde in diesem Jahr eine eintägige Fortbildung am 25.10.2011 in Marburg erwogen.

Um die Öffentlichkeitsarbeit in der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu optimieren und zu forcieren, wurde beim Hof eine Koordinatorenstelle eingerichtet und kommissarisch mit Herrn Schönstädt besetzt.

TOP 6 - Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden

Die Vorsitzende berichtet über die Aktivitäten der VhV im vergangenen Jahr, insbesondere über die bewegte Zeit mit KuK und die Diskussionen um die Schließung eines oder mehrerer Verwaltungsgerichte. In diesem Zusammenhang hatte sich der Vorstand der VHV u.a. mit den im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen in Verbindung gesetzt und um Gesprächstermine gebeten. Bei den Gesprächen mit den Fraktionen der Linken, Grünen und der SPD sei man auf Verständnis gestoßen. In der Fraktion der CDU habe Uneinigkeit geherrscht, wer Gesprächspartner der VhV sein sollte (finanzpolitischer

oder rechtspolitischer Sprecher?), weshalb es letztlich zu keinem Gespräch mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion gekommen sei. Der Darmstädter FDP-Politiker Leif Blum habe ein Gespräch verweigert mit der Begründung, es sei erst die Entscheidung des Ministers abzuwarten. Hingegen hätten Vertreter der kommunalen Spitzenverbände ihre Unterstützung hinsichtlich des Erhaltes der erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte an fünf Standorten zugesagt.

Die Zielvereinbarung sei schließlich im Juni 2010 nach erheblichen Änderungen, die auf den Bezirksrichterrat zurückgingen, abgeschlossen worden. Der installierte KuK-Beirat diene der Begleitung der Umsetzung und Besprechung von Problemfällen. Er sei bisher einmal einberufen worden. In einer persönlichen Anmerkung bringt die Vorsitzende zum Ausdruck, dass es im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Zielvereinbarung z.T. zu äußerst unkollegialen, bisweilen sogar verletzenden Reaktionen von Richterkollegen ihr gegenüber gekommen sei und verweist beispielhaft auf einen einschlägigen Beitrag in einem der Hefte der Neuen Richtervereinigung.

Es folgen einige kritische Anmerkungen zur Bemerkung des Justizministers, es sei nie beabsichtigt gewesen, ein VG zu schließen. Der Vorstand der VhV habe dies gegenüber dem StS beanstandet und diesen gebeten, den Minister entsprechend zu informieren und zu beeinflussen. Dennoch habe der Minister auch bei der Amtswechselfeier in Kassel ausgeführt, er könne sich nicht erklären, aus welcher Ecke das Gerücht stamme, er habe ein Verwaltungsgericht schließen wollen.

Die Vorsitzende berichtet sodann über ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung des BDVR und bedauert, dass im Vorstand des BDVR keine Frauen tätig seien. Sie habe sich daher spontan zu einer Kandidatur entschlossen, um bei den Kolleginnen und Kollegen ein entsprechendes Problembewusstsein zu entwickeln. Sie habe allerdings ihre Kandidatur wegen des freundschaftlichen Umgangs im Vorstand nicht aufrechterhalten. Daher müsse bei der nächsten Vorstandswahl die Kandidatur auch von Frauen verstärkt ins Auge gefasst werden.

Perspektivisch macht die Vorsitzende deutlich, dass es das Ziel der VhV sein müsse, ihre Attraktivität (gemeint: die der VhV) zu steigern. Es sei eine Studienfahrt zum Internationalen Seegerichtshof in Hamburg geplant sowie eine öffentliche Veranstaltung mit Richtern am EuGH.

Abschließend dankt die Vorsitzende dem Kollegen Spieß, der krankheitsbedingt an der Versammlung leider nicht teilnehmen kann, uns aber Grüße übermitteln lässt, mit einem Weinpräsent für seine Arbeit im Vorstand der VhV.

TOP 7 - Aussprache

Eine Aussprache über den Bericht der Vorsitzenden wird nicht gewünscht.

TOP 8 - Kassenbericht

Der Kassenwart, Kollege Heuser, erstattet den Kassenbericht.

Danach beträgt die Mitgliederzahl derzeit 169, darunter 104 aktive Mitglieder.

Zum Vergleich: am 01.01.2010 betrug der Mitgliederstand 175 Mitglieder, darunter 108 aktive. Etliche Kollegen, die in andere Gerichtsbarkeiten abgeordnet worden seien, hätten die VhV verlassen.

Zur Kassenlage:

Einnahmen im Jahr 2009	7.655,02 EUR,
Ausgaben	6.367,67 EUR
Überschuss	1.287,35 EUR
Bestand am 31.12.2009	1.968,80 EUR

Einnahmen im Jahr 2010	6.753,78 EUR.
Ausgaben	5.346,07 EUR
Überschuss	1.407,71 EUR
Bestand am 31.12.2010	3.376,51 EUR

Die Ausgaben resultieren jeweils aus Beitragszahlungen an den BDVR und den Deutschen Verwaltungsgerichtstag (2009 insgesamt 3.347,00 EUR, 2010 insgesamt 3.151,00 EUR) sowie aus den Geschäftskosten (2009: 1.642,93 EUR, 2010: 1.468,40 EUR) und den Reisekosten der Vorstandsmitglieder (2009: 1.377,74 EUR, 2010: 726,67 EUR).

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

TOP 9 - Bericht der Kassenprüfer

In seinem Kassenprüfbericht vom 05.03.2011 bescheinigt der Kassenprüfer, Kollege Jeuthe, eine „beanstandungsfreie“ Kassenführung, eine „solide Haushaltsführung“ und eine stabile finanzielle Lage der VhV. Er empfiehlt „bedenkenlos“ die Entlastung des Kassenwartes.

Der Versammlungsleiter stellt fest, dass der Vorstand die Entlastung des Schatzmeisters beschlossen hat.

TOP 10 - Feststellung Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit ist gegeben bei 85 Mitgliedern; anwesend sind 30 Mitglieder, es liegen insgesamt 57 Vollmachten vor.

Der Versammlungsleiter stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 11 - Entlastung des Vorstandes

Kollegin Schild beantragt die Entlastung des Vorstandes. Der Vorstand wird mit 27 Stimmen bei drei Enthaltungen entlastet.

TOP 12 – Wahl des Vorstandes

Auf jeweiliges Befragen des Versammlungsleiters: eine geheime Abstimmung wird nicht beantragt.

- a) Wahl von sechs Vorstandsmitgliedern und
f) Wahl von Ersatzmitgliedern

Der Wahlvorschlag des Hess. VGH wird einstimmig angenommen, die Wahlvorschläge der Verwaltungsgerichte werden ohne Gegenstimmen jeweils mit einer Enthaltung angenommen mit der Maßgabe, dass beim Verwaltungsgericht Darmstadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur die an 1. bis 3. Stelle Genannten zur Wahl anstehen.

Danach sind als Mitglieder und Ersatzmitglieder in der Reihenfolge ihrer Nennung gewählt:

für das VG Kassel:	Nieuwenhuis Lohmann Schäfer
für das VG Frankfurt	Mogk Schäfer
für das VG Darmstadt	Domann-Hessenauer Brugger Dr. Dienelt
für das VG Gießen	Loizides Ruthsatz Höfer
für das VG Wiesbaden	H.-H. Schild Dr. Wittkowski Dr. Wartusch
für den Hess. VGH	Bodenbender Dieterich Bohn

- b) Wahl des/der Vorsitzenden
Ohne Gegenstimmen wird bei zwei Enthaltungen Frau Domann-Hessenauer gewählt.
- c) Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden
Ohne Gegenstimmen wird bei einer Enthaltung Herr Bodenbender gewählt.
- d) Wahl des 7. Vorstandsmitglieds
Ohne Gegenstimmen wird bei einer Enthaltung Frau Brugger gewählt.
- e) Wahl des/der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden
Ohne Gegenstimmen wird bei einer Enthaltung Frau Brugger gewählt.
- f) Wahl eines weiteren Ersatzmitgliedes für den Vorstand
Ohne Gegenstimmen wird bei einer Enthaltung Frau Rabas-Bamberger gewählt.

TOP 13 – Wahl der beiden Kassenprüfer/innen

Die bisherigen Kassenprüfer stehen nicht mehr zur Wahl.

Als Kandidaten werden vorgeschlagen: Herr Höllein und Herr Dr. Dittmann
Beide werden – jeweils bei Enthaltung der Vorgeschlagenen – ohne Gegenstimmen gewählt.

TOP 14 – Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten der VhV für die Gremienwahlen

- a) Beschluss über das Wahlverfahren
Der mit der Einladung versandte Entwurf für die Wahlordnung wird unverändert und einstimmig angenommen.
- b) BRR
Geheime Abstimmung wird nicht beantragt.
Änderungen des Listenvorschlags werden nicht gewünscht.
Der Vorschlag gem. Liste wird bei einer Enthaltung angenommen.
- c) Präsidialrat
Geheime Abstimmung wird nicht beantragt.
Änderungen des Listenvorschlags werden nicht gewünscht.
Der Vorschlag gem. Liste wird bei einer Enthaltung angenommen.
- d) Richterwahlausschuss – getrennte Abstimmung,
Geheime Abstimmung wird nicht beantragt.
Als richterliches Mitglied wird bei zwei Enthaltungen Herr Ruthsatz gewählt.
Als Stellvertreter wird bei zwei Enthaltungen Herr Elser gewählt.
Als weitere Stellvertreterin wird bei einer Enthaltung Frau Bohn gewählt.

TOP 15 - Wahl von Beauftragten nach § 8 Abs. 3 Satz 2 der Wahlordnung zum Hessischen Richtergesetz

Herr Bodenbender und Herr Steinberg werden vorgeschlagen. Geheime Abstimmung wird nicht beantragt. Die Vorgeschlagenen werden bei zwei Enthaltungen gewählt.

Die neue (und bisherige) Vorsitzende, Frau Domann-Hessenauer übernimmt die Sitzungsleitung und bedankt sich bei Herrn Höllein für die zielstrebige Leitung der Versammlung.

TOP 16 - Verschiedenes

Die Vorsitzende bittet alle Gewählten, ihre Zustimmungserklärungen umgehend Herrn Bodenbender zukommen zu lassen. Sie weist außerdem darauf hin, dass mit der Vorbereitung der Flyer für die anstehenden Gremienwahlen rechtzeitig begonnen werden soll.

Herr Bodenbender erläutert die geplante Studienfahrt der VhV nach Hamburg; Preis: 175 EUR im DZ incl. Fahrt, Stadtrundführung, Veranstaltungen; von Seiten der VhV wird evtl. ein Zuschuss gewährt; Ehepartner können teilnehmen.

Die Vorsitzende bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und schließt die Versammlung um 12:27 Uhr.

(Protokollführerin)